

Bekanntmachung, die Reichstagswahl betreffend.

Behufs Aufstellung der Reichstagswähler werden in den nächsten Tagen in die einzelnen Grundstücke der Stadt von uns Fragebogen gesendet, in welche alle diejenigen hier wohnhaften, wenn auch vorübergehend abwesenden männlichen Personen mit Vor- und Zunamen nach Stand und Gewerbe einzutragen sind, welche das 25. Lebensjahr erfüllt haben und Angehörige des deutschen Reiches sind.

Die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter haben diese Fragebogen den Adressierten, letztere ihren etwaigen Mieterinnen zuzustellen; die Fragebogen sind genau nach der denselben vorgezeichneten Anweisung auszufüllen und bei Beendigung von 15 A Geld beziehentlich entsprechender Gaststrafe, längstens binnen 2 Tagen, vom Tage der Zusendung an gerechnet, von 8-12 Uhr Vormittags und von 2-6 Uhr Nachmittags in dem hiesigen Einwohnerbureau, Reichstraße 64/64, von den Hauseigentümern oder deren Stellvertretern persönlich oder durch Beauftragte, welche über die Hausbewohner genaue Auskunft zu erteilen vermögen, abzugeben. Jeder Wähler hat sich übrigens nur in dem Fragebogen des Hauses, in welchem er wohnt, einzutragen.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Rigsche.

Bekanntmachung.

An dem Eingange zum Lutzenstein'schen Garten sollen am rechten Pleißenufer 30 Meter feinerne Ufermauer hergestellt und an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamte (Rathhaus 2. Etage, Zimmer Nr. 1) aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Begünstigte Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift: „Ufermauer am Lutzenstein'schen Garten betreffend“ versehen ebendahin und zwar bis zum 6. Juli laufenden Jahres Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Bangemann.

Städtische Gewerbeschule.

Der Factus zu Ehren der silbernen Hochzeit Ihrer königlichen Majestäten Albert u. Carola findet Dienstag den 18. d. M., Vormittags 9 Uhr im Schullocale statt. Es beehrt sich hierzu ergebenst einzuladen

Das Lehrer-Kollegium der Städtischen Gewerbeschule.

Leipzig, 17. Juni.

Die Versammlung von Vertrauensmännern des Reichsvereins für Sachsen, die am gestrigen Sonntag in Döbeln stattgefunden hat, gestaltete sich durch die zahlreiche Beteiligung aus fast allen wichtigeren Bezirken, durch ihren würdigen Verlauf, über den wir unten berichten, und durch die dabei gefassten Beschlüsse zu einer bedeutenden Kundgebung der nationalliberalen Partei in Sachsen.

Diese hat nunmehr feste Stellung zu dem bevorstehenden Wahlkampfe genommen, und zwar eine Stellung, wie wir sie erwartet, gehofft und bereits in unserem Begründungsartikel vom vorigen Sonntag in Aussicht gestellt hatten. Unsere Parteigenossen trugen sich ohne Ausnahme durchdrungen von dem Bewusstsein der schweren Gefahr, die dem Vaterlande von den Umtrieben der nun glänzlich durchschaute Revolutionspartei droht; sie erkannten ohne Ausnahme die Nothwendigkeit an, dieser Gefahr nunmehr schleunig und mit voller Kraft entgegenzuwirken; sie erklärten sich bereit, Männer in den Reichstag zu senden, die der Regierung neue gesetzliche Mittel und außerordentliche Vollmachten zur energischen Abwehr an die Hand geben sollen. Dabei aber wurde auch ausgesprochen, daß diese Abwehr bei aller Festigkeit der Besonnenheit und vorsichtigen Abwägung nicht entbehren, daß man den liberalen Grundgedanken unserer Staats- und Rechtsordnung nicht aufgeben dürfe. Indem man so an der bewährten Fahne festhalte, rüde man nicht als Oppositionspartei in den Wahlkampf, sondern im Gegentheil mit dem Factus, der Regierung als staatsdienliches Element zur Seite zu stehen und ihr so oder so, aber auf alle Fälle und in ausgiebiger Weise die notwendigen Waffen zur Bekämpfung der drohenden Revolution darzulegen. Scharfe Worte fielen von verschiedenen Seiten gegen die Conservativen, die namentlich in unserem Lande vielfach die communistiche Brut haben großziehen lassen und nunmehr sich mit stillschweigender Zustimmung der Privilegierten Segner geben. Dennoch erklärte man sich, indem man auch der eigenen Unterlassungssünden gedachte, allseitig bereit, die Conservativen mit allem Eifer zu unterstützen, wo sie wirklich den Kampf mit den Socialisten aufnehmen und ihnen gegenüber die meiste Siegesaussicht haben sollten. Dasselbe sagte man der Fortschrittspartei zu. Man beauftragte den Vorstand, Alles anzubahnen, um in den von den Socialisten bedrohten Wahlkreisen Compromisse in der angegebenen Richtung herbeizuführen, — wie denn überhaupt durch die ganze Versammlung ein wohlthuerender Ton des Entgegenkommens und der Versöhnlichkeit ging, wie wir ihn lange nicht in Parteiversammlungen gehört haben. Hauptsächlich findet der in Döbeln angeschlagene Ton auch in den anderen Ordnungspartien ein freundliches Echo, und hoffentlich gelingt es durch friedliches und schlußloses Zusammenwirken, die rotte Fahne, die bisher siegreich über sieben sächsischen Wahlkreisen wehte, und die nun zu einem Zeichen der Schande für uns geworden ist, herunterzureißen und dafür aufzupflanzen die Fahne des Reiches, die Fahne der Ordnung und gesetzlicher Freiheit!

Wir lassen nun den Bericht über die Versammlung selbst folgen:

Leipzig, 17. Juni. Der Vorstand des Reichsvereins für Sachsen hatte sich angefangen der gegenwärtigen Zeitverhältnisse und der bevorstehenden Reichstagswahlen verpflichtet gefühlt, eine Versammlung von Vertrauensmännern des Vereins nach der für solche Zwecke geographisch günstig gelegenen Stadt Döbeln einzuberufen. Diese Versammlung, die am gestrigen Sonntag stattfand, war erfreulich zahlreich aus allen Theilen des Landes besetzt. Vormittags 11 Uhr eröffnete der Vorsitzende des Reichsvereins, Dr. Stephan, die einen vertraulichen Charakter tragende Versammlung mit einer Ansprache, in welcher namentlich drei Gesichtspunkte scharf betont wurden. Die Auflösung des Reichstages sei nach Allem, was über die Ursachen dieser Maßregel in den Reden der Vorlage und sonst bekannt geworden,

nicht als ein Act der Feindseligkeit der Reichsregierung gegen die nationalliberale Partei aufzufassen und man habe daher auch gar nicht nöthig, bei den Wahlen in Opposition gegen die Regierung zu treten. Zum Andern sei die Lage der Dinge nach dem zweiten Attentat auf den Kaiser eine wesentlich veränderte; die Größe der durch die Agitation der socialistischen Revolutionspartei hervorgerufenen Gefahr lasse sich nunmehr in einer Weise erkennen, daß dagegen außerordentliche und energische Vorkehrungen seitens der Gesetzgebung und der Behörden zu treffen seien. Zum Dritten aber erhebe die Lage dringend, über der gewaltigen, augenblicklich die Nation durchzitternden Erregung die Besonnenheit und Mäßigkeit nicht zu verlieren und nicht denjenigen Stimmen Rechnung zu tragen, deren Anforderungen nur dazu führen würde, daß deutsche Bürgerthum von seiner leitenden Stellung im Reich zurückdrängen und auf lange Zeit hinaus aus aller liberalen und nationalen Errungenschaften des letzten Jahrzehnts verlustig gehen zu lassen. An die mit lebhaftem Beifalle aufgenommene Ansprache des Herrn Dr. Stephan knüpfte sich eine mehrstündige lebhafteste Debatte, an der sich die Herren Jermann-Leipzig, Dyne-sorge-Sebnitz, Dr. Krause-Dresden, Ehret-Glauchau, Bauer-Burgstädt, Rathhö-Dresden, Dr. Biedermaier-Leipzig, Dackos-Rittweide, Dr. Birnbaum-Leipzig, Dr. Stephan-Leipzig, Schubert-Dresden, Grünberg-Gartha, Benzig-Dresden, Reuder-Leipzig, Roth-Chemnitz, Rielhammer-Kriebitzsch, Sparg-Neuditz, Schiebler-Frankenberg, Bür-Neuditz beteiligten. Das praktische Resultat der Beratung war die Genehmigung einer im Entwurfe vom Vorstande des Reichsvereins vorgelegten Erklärung, deren redactionelle Fassung vor der Veröffentlichung der weiteren Erwidrung des Vorstandes vorbehalten wurde. Nach dieser Resolution wird der Reichsverein für Sachsen angeführt der durch wiederholte ruchlose Attentate auf unseren ehrwürdigen Kaiser in erschreckendem Maße zu Tage getretenen Gefahren, die durch die anarchischen Bestrebungen der revolutionären Socialdemokratie Deutschland bedrohen, erklären, daß diese Gefahren nur abgewendet werden können durch einmütiges Zusammenwirken von Regierung und Nation. Jeder Einzelne habe die Pflicht, selbstthätig hierzu mitzuwirken. Die bestehenden Gesetze müßten voll und energisch gehandhabt werden zur Bekämpfung der revolutionären Socialdemokratie, die Läden der Gesetzgebung seien zu ergänzen und die Behörden mit den durch den außerordentlichen Nothstand gebotenen Vollmachten und Befugnissen anzustärken. Für alle Ordnungspartien sei es gegenüber den anarchischen Bestrebungen der Socialdemokraten, aus denen der verführte Fürstenthum sich entwickelte, eine Nothwendigkeit, zusammen zu stehen in gemeinsamer Bekämpfung dieser Gefahren. Nicht das Interesse einer politischen Partei dürfe jetzt maßgebend sein, sondern das gefährdete Interesse eines auf sittlichen Grundlagen beruhenden Staats- und Gesellschaftslebens. Man wolle Deutschlands Einheit und Freiheit, die jetzt bedroht seien durch die Socialdemokratie, schützen und erhalten auf den bisherigen Grundlagen unserer Staats- und Rechtsordnung. Im Weiteren wurde ein von Advocat Dr. Krause in Dresden gestellter Antrag zum Beschluß erhoben, wonach der Vorstand des Reichsvereins ermächtigt und beauftragt ist, mit den Vorständen der conservativen und der Fortschrittspartei behufs Hand-in-Gangnehmens bei den Reichstagswahlen gegenüber der Socialdemokratie in Vernehmung zu treten und dabei den Grundfah festzuhalten, daß den Parteien der bisherige Beschluß verbleibe, während in den von den Socialisten besetzten Bezirken derjenige Candidat, welcher die meiste Aussicht auf Erfolg bietet, gleichviel welcher von den drei Parteien er angehört, den Vorzug erhalten soll. Es wird dieser Beschluß, der das größte Maß des Entgegenkommens und der Versöhnlichkeit in sich trägt, hoffentlich überall im Lande beherzigt werden. Nachdem der Vorstand des Reichsvereins fernere weit beauftragt worden, sich ohne Verzug als

Central-Wahl-Comité der nationalliberalen Partei, mit dem Rechte der Cooptation, zu constituiren, wurde die Versammlung mit einer energischen Schlußansprache des Vorsitzenden und einem freudigen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser geschlossen. Nach der Versammlung, deren erhebender Verlauf hoffentlich von bleibendem Eindruck sein wird, blieb die Mehrzahl der Teilnehmer noch einige Stunden bei einem Mahle beisammen, bei welchem die Besprechungen unter den Parteigenossen in zwangloser Weise fortgesetzt wurden.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 17. Juni.

Ueber das Befinden des Kaisers kommt aus Ostpreußen die Mittheilung, daß die Besserung zwar dauernd, doch im Ganzen recht allmählig und langsam fortschreitet; namentlich gilt dies von den Verletzungen des rechten Unterarms. Der Aufenthalt in Berlin dürfte sich also leicht über den früher festgesetzten Zeitpunkt hinausziehen; auch ist der Ort der Uebersiedelung noch nicht festgesetzt, obwohl Babelsberg nach wie vor für am wahrscheinlichsten gilt.

Wie jetzt gemeldet wird, gab nicht eine norwegische, sondern eine holländische Part Namens „Friska“, die jetzt in Gardingen liegt, den Hauptanlaß zu dem Unglück des „Großen Kurfürsten“. Capitän Brodowj von der „Friska“ theilte einem nach Gardingen gesandten Correspondenten des „Berliner Tageblatt“ über seine Beobachtungen während des Unglücksfalles wörtlich folgendes mit: „Am Freitag, den 31. Mai, Morgens 9 Uhr kreuzte ich des niedrigen Ostwindes wegen nahe bei Holtenone, als ich drei, die deutsche Flagge führende Kri geschiffe bemerkte. Ich sah fast zu gleicher Zeit, daß zwei Schiffe dem meiningen ausweichen wollten, und im selben Moment „König Wilhelm“ gab augenblicklich Contredampf und ging zurück, während der „Kurfürst“ unglaublich rasch auf eine Seite fiel und sank. Durch das Ausgehen der Feuer wurde lochend und schäumend die Stelle des Unfalls bezeichnet. Brodowj schreibt das rasche Sinken dem Offensehen der meisten Luten zu, die in der Geschwindigkeit nicht mehr konnten geschlossen werden. „Wilhelm“ und „Preußen“ setzten unverzüglich Rettungsboote aus, denen, sowie auch den anwesenden Fischerbooten, die Rettung vieler Schiffbrüchiger gelang. Weil ich auch das Sinken des „Wilhelm“ erwartete, so offerirte ich diesem Hilfe, die aber von dem Capitän mit Dank abgelehnt wurde. Nachdem die „Friska“ verschiedene Ertrinkende gerettet, verließ sie ihren Cours. Wenn die Schuld des Unfalls zuzuschreiben ist, vermag ich nicht anzugeben, weil unter einander gemischte Signale mir unbekannt waren und der Abstand zu groß, um Commandos zu verstehen. Ich vermute, daß das Steueruder in Desordre war und nicht gehorcht hat.“

Gegenüber den vielfach courtoisierenden Nachrichten, als habe Fürst Bismarck außer der ersten Congreßlich vertrauliche Verhandlungen mit den einzelnen Congreßbevollmächtigten gehabt, versichert das „Deutsche Riggsbl.“, daß der Congreßpräsident den letzten Tage im engsten Familienkreise jugendbrachte und sich außer der Erledigung der wichtigsten diplomatischen Geschäfte den auf die nächsten Sitzungen bezüglichen Hauptfragen gewidmet hat. Am Dienstag wird im Festsale des Reichstanzers-palais ein größeres Diner zu Ehren der anwesenden diplomatischen Gäste stattfinden.

Der russische Reichstanzler Fürst Gortscha-koff mußte am Sonnabend das Bett hüten; es ist unwahrscheinlich, daß derselbe den nächsten Sitzungen des Congresses anwohnen wird.

Die offizielle „Wiener Montagbrevue“ meldet: Die einlaufenden Nachrichten über den Congreß sind günstig. Eine Verständigung zwischen Oesterreich und Rußland sei als erzielt zu betrachten, die Congreßarbeiten würden am 7. Juli beendet sein. Das „Deutsche Riggsbl.“ meldet: Es ist vielfach aufgefallen, daß die englische Regierung neuerdings die Rückgabe des Rumänien gehörigen

bessarabischen Landstrichs an Rußland nicht mehr bekämpft. Dieses Einlenken Englands soll gutem Vernehmen nach auf ein Compromiß zurückzuführen sein, das dem britischen Cabinet die Beeinflussung der Balkan-Rindungen durch Rußland, welche jene Rückabtretung im Gefolge hat, weniger bedenklich erscheinen ließe. Es handelt sich dabei um eine finanzpolitische Abmachung ersten Ranges. England soll sich bereit erklärt haben, der Pforte einen Theil der an Rußland zu zahlenden Kriegsschuldung vorzutragen, wogegen die Pforte die im Marmarameer belegenen Brünzeninseln an England abtritt (?). Man behauptet, daß das Haus Rothschild, von diesem Compromiß unterrichtet, in den allerletzten Tagen große Ankäufe in türkischen Fonds gemacht habe.

Die „Post“ bringt folgende Auslassung, welche sowohl die Regierung wie die freiconservative Partei als bei dem letzterigen Auftreten der „Post“ als unbedeutend erklärt, vielmehr die Verantwortlichkeit dafür einzig für sich selbst in Anspruch nimmt: „Wie wir hören, wird in den allernächsten Tagen, wahrscheinlich schon am 19. d. M., der Ausschuß der Deutschen Reichs- (und freiconservativen) Partei in Berlin zusammenzutreten, um über die den bevorstehenden Wahlen gegenüber einzunehmende Stellung Beschluß zu fassen. Dieser Ausschuß, allein berechtigt die Partei zu vertreten, wird nicht unterlassen, über die gegenwärtige politische Lage und über die Beziehungen zu anderen Parteien sich zu äußern. Wir — und dies bemerken wir gegenüber den sich täglich wiederholenden Angriffen und Unterstellungen, namentlich der „Nat.-Ztg.“ — sind nicht Bevollmächtigte der Reichs- (und freiconservativen) Partei und noch weniger inspirirt von Mitgliedern der Staatsregierung. Alle dahin zielenden Combinationen weisen wir als durchaus unzutreffend ein für allemal zurück. Wir lassen uns bei der Vertretung unseres Standpunktes von nichts Anderem leiten, als von unserer Auffassung desjenigen, was den Interessen des Vaterlandes dient und der Wahrheit entspricht. Hiervon werden wir uns nun und nimmermehr abdrängen lassen, weder durch Aufsetzungen drohender, noch durch solche captivierender Natur.“

Die „Erfelder Zeitung“ meldet, daß der socialdemokratische Agitator Hasselmann am Sonnabend Abend in Barmer wegen Vergehen gegen die öffentliche Ordnung verhaftet und ins Erfelder Arresthaus abgeführt worden ist.

Von Seiten der deutsch-conservativen Partei in Württemberg ist eine Eingabe an den König gerichtet worden, in welcher darum gebeten wird, daß die Regierung die bestehenden Gesetze scharfer gegen die Socialdemokratie in Anwendung bringen möge, als Dies bisher geschehen sei und daß dieselbe hierin das Beispiel der anderen Staaten nachahmen möge.

Wie aus Wien gemeldet wird, soll der Reichsrath nicht geschlossen, sondern einfach vertagt werden. Das Ministerium ist fest entschlossen, gemäß seiner früheren Erklärung, nach Zustande-kommen des Ausgleichs demissionen vorläufig nicht erledigen, sondern eine provisorische Fortführung der Geschäfte durch die gegenwärtigen Minister verfügen. Es verlautet Günstiges über den Fortgang einer österreichisch-russischen Verständigung. Die russischen Truppen sollen der Konstantinopel zurückgezogen werden, während gleichzeitig die englische Flotte das Marmarameer verläßt. — Serbien hat Oesterreich angeboten, einen Zoll-, Handels- und Auslieferungsvertrag abzuschließen, bezgleichen eine Convention einzugehen bezüglich des Anschlusses der Pest-Semliner Linie an die serbische Bahn.

Zur Mobilisirung in Oesterreich schreibt die Wiener „Presse“: Noch immer bringen einzelne Blätter zusammenhangslose Details über die theilweise Mobilisirung, welche in Dalmatien, Kroatien, Slavonien und Siebenbürgen durchgeführt wird, als ob die Mobilisirung immer größere Dimensionen annehmen würde. Wie wir erfahren, bewegen sich die Completirungen der Cavallerie, der technischen Truppen, des selbständigen

Corps...
inver...
sinnig...
Aus...
Die U...
wegne...
schen...
Beise...
jeht d...
das V...
die V...
vollst...
Hier...
sichtig...
Berlin...
bei G...
die h...
Beise...
dieser...
jener...
zu Pre...
und U...
komme...
den G...
Welfen...
Die...
tag in...
Wales...
und...
der C...
Bahrt...
hannov...
u. W...
tag...
Ba...
lassen...
Gongre...
Car...
dungen...
Staats...
mit P...
Dem...
rungen...
Regier...
punct...
auf die...
nimm...
Admini...
werden...
einen...
franzö...
trag...
norm...
und C...
gesch...
gleich...
Frankr...
Aus...
„Wen...
wart...
zug auf...
die Re...
Grunde...
Schwie...
schlech...
wie no...
lung in...
von d...
seitigen...
hörden...
englich...
Nach...
wilde...
nach...
Berlin...
Regier...
Heilig...
Eine...
allgeme...
gen hat...
Colonie...
Beweis...
großen...
durch...
beigef...
durch...
Eing...
Dah...
weil d...
nam...
von 18...
aber r...
salde...
unter...
Reich...
schen...
Stimme...
gestell...
348,539...
ding...
tigten...
jettel...
der Br...
von gar...
rechtig...
92,5...
die ver...
warte...
barm...
bolleim...
benden...
65,5...
für Ra...
demot...
haben...
an der...
66,9...
Social...
56,184...
1906...
den So...
von 18...